

Einige Gedanken über den sozialistischen Friedenskongress

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung**

Band (Jahr): - (1912)

Heft 23-24

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-802772>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

über die Abschaffung des Seebeuterechtes. Der Kongress fordert die Sozialisten Englands und Deutschlands auf, ihre Aktion für ein solches Uebereinkommen fortzusetzen.

Die Ueberwindung des Gegensatzes zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und England auf der andern Seite würde die grösste Gefahr für den Weltfrieden beseitigen, die Machtstellung des Zarismus, der diesen Gegensatz ausbeutet, erschüttern, einen Ueberfall Oesterreich-Ungarns auf Serbien unmöglich machen und der Welt den Frieden sichern. Auf dieses Ziel vor allem sind daher die Bemühungen der Internationale zu richten.“

Namens der Delegationen erklärte je ein Delegierter der verschiedenen Länder, die ihnen im Manifest zugewiesenen Pflichten übernehmen zu wollen. Die dem Ernst der gegenwärtigen Zeit Rechnung tragenden Erklärungen klangen feierlich.

Das Schlusswort sprach *Bebel*. Die Basler Tagung wird mit goldenen Buchstaben in die Annalen der Internationale eingetragen werden. Insbesondere aber werden die in feindlichen Lagern einander gegenüberstehenden bürgerlichen Regierungen sich die hier zutage getretene Einigkeit der Arbeiterklasse merken müssen. Warmer Dank gebührt den Schweizern, speziell den Basler Genossen, und — zum erstenmal — den Behörden! Auch den Behörden der Kirche, die unserem Kongress einen Empfang bereitet haben, wie wenn ein Bischof oder Papst käme! Ich freue mich, als Atheist, für dieses Zeichen wahrhaft christlicher Toleranz danken zu dürfen. Der Heiland stände heute auf der Seite derer, die mit dem „Friede auf Erden“ ernst machen, und nicht auf der Seite der geistlichen Kriegshetzer. Der heute gestreute Same wird aufgehen. Die bürgerliche Presse Deutschlands wird meinen, nach der Haltung der Basler Staats- und Kirchenbehörden müsse der Himmel einstürzen, und wird wieder einmal, wie zur Zeit des Wohlgemuth-Handels, sagen, die Schweiz sei ein wildes Land. O, wären doch unsere Heimatländer auch solche wilde Länder! *Bebel* schliesst mit einem dreifachen Hoch auf die Internationale der Arbeit.

Die Teilnehmerzahl am Kongress betrug 555; sie setzt sich folgendermassen zusammen: Deutschland 75, Oesterreich 59, Belgien 32, Böhmen 70, Bosnien 1, Bulgarien 3, Kroatien 2, Dänemark 8, Spanien 2, Finnland 2, Frankreich 127, Grossbritannien 13, Holland 9, Ungarn 18, Italien 11, Luxemburg 3, Norwegen 3, Portugal 2, Polen 20, Rumänien 2, Russland 36, Schweden 8, Schweiz 49.

Zu erwähnen ist noch eine stark besuchte Frauenversammlung am Montag abend im *Bernoullianum*.

Schliesslich möchten wir noch einige Tatsachen erwähnen, die als negative Folgen des Kongresses zu betrachten sind und die den Geist der Gegner der Friedensbewegung kennzeichnen:

In Wien wurde die Nummer der „Arbeiterzeitung“, die das Basler Friedensmanifest enthielt, polizeilich konfisziert. Eine Interpellation der Sozialdemokraten hierzu wurde vom Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses zu verlesen verweigert. Das Schlimmste aber ist, dass die christlich-soziale Vereinigung des Abgeordnetenhauses eine Resolution fasste, in der sie das Vorgehen der Sozialdemokraten in der Sitzung des Abgeordnetenhauses auf das schärfste verurteilt und die Erwartung ausspricht, dass die parlamentarischen Vertreter dem tiefen Ernst der Situation Rechnung tragen und alles unterlassen werden, was die *Feinde des Staates* ermutigen könnte.

In Essen traten am 27. November die Abgeordneten der *christlichen Gewerkschaften* Deutschlands als Gegendemonstration zum Basler Kongress ebenfalls zu einem ausserordentlichen Kongress zusammen. Auf Antrag seines Vorsitzenden, Abg. Schiffer, sandte der Kongress folgendes Telegramm an den Kaiser: „Angesichts der ernsten weltpolitischen Lage entbieten die zu dem ausserordentlichen Gewerkschaftskongress in Essen an der Ruhr versammelten Vertreter von 360,000 christlich-nationalen Arbeitern Seiner Majestät das Gelöbnis, in unverbrüchlicher Treue und Bereitschaft für des Vaterlandes Grösse und des deutschen Volkes Ehre jederzeit einzutreten.“ Der Kaiser verfehlte nicht, diesen seinen guten, dummen Schafen, die sich ihm zur Schlachtbank willig erboten, ein gnädiges Danktelegramm zu übersenden.

Die Internationalen haben sich ungewollt als bessere Christen erwiesen als diese „christlich“ Nationalen. Das tiefste Wesen des Christentums will ein Hinwegschreiten über nationalen Egoismus zur übernationalen Bruderliebe!

Aber auch im eigenen Lande hat es an hässlichen Bemerkungen in der Presse nicht gefehlt. Ein mitleidiges Lächeln aber verdient die in Herisau erscheinende „Appenzeller-Zeitung“, welche schreibt: „In weiten Kreisen der Schweiz hat es Befremden erregt, dass die Regierung des Kantons Baselstadt die Teilnehmer an sozialdemokratischen Weltfriedenskongress mit einer Adresse begrüsst und den Wunsch ausspricht, dass dieser Kongress sein Ziel erreichen möge.“ Nach einer langen Jeremiade schliesst dieses Blatt mit den anmassenden Worten: „Ganz abgesehen von der Frage, ob es in der Aufgabe einer Kantonsregierung lag, in einer Angelegenheit internationaler Natur Stellung zu nehmen, welche die ganze Eidgenossenschaft angeht, kann man daher nicht umhin, der Basler Regierung zum mindesten den Vorwurf der Unvorsichtigkeit zu machen.“

Wir aber schliessen unsern Bericht, indem wir diesen wuchtigen Vorstoss der „Internationale“ anerkennend begrüssen, uns freudig darüber, dass er auf unserem freien Boden stattfand, vor allem aber hoffend und wünschend, dass er das Seinige dazu beitrage, die augenblickliche Kriegsgefahr zu beseitigen und zur Verwirklichung unserer weitergehenden Ideale nachzuwirken.

G.-C.

—o—

Einige Gedanken über den sozialistischen Friedenskongress.

Mit grossem Vergnügen habe ich die ersten Berichte über diesen Kongress in den Tagesblättern gelesen und daraus ersehen, dass dieses Ereignis allgemein als ein welthistorisches, für den Kampf gegen den Krieg ein bedeutungsvolles sei. Was mich veranlasst, auf diesen Kongress zurückzukommen, ist ein Passus in einem Aufrufe zur Teilnahme an demselben, in Nr. 47 der «Appenzeller Volkswacht» vom 23. November, welcher lautet wie folgt: «Der Basler Kongress ist ein welthistorischer Wendepunkt. Zum erstenmale greift das einige und festgeschlossene Proletariat der ganzen Erde bestimmend ein in den Gang der Weltgeschichte, übernimmt in seine starke Hand das Erbe der so kläglich gescheiterten bürgerlichen Friedensbewegung, wird das granitene Fundament für die Abrüstung der Zukunft. Es ist eine grosse, unsagbar schöne Aufgabe, die dem Basler Kongress gestellt ist. Das Proletariat der ganzen Erde jubelt ihm

zu; alle Völker schauen hoffend und vertrauend gen Basel.» Wie stimmt dieser Passus zu der Sympathieadresse der Sektion Basel an die Kongressteilnehmer?

Wie dankbar könnte ich den Kongressteilnehmern sein, wenn ich durch ihre zweifellos aufrichtige und wohlgemeinte Willenskundgebung auch nur teilweise von meiner Sorge um die friedliche Herbeiführung des internationalen Rechtszustandes befreit würde! Die Kongressbeschlüsse sind zu dehnbar gefasst, um darin eine Garantie für die friedliche und gesetzliche Entwicklung des internationalen Rechtsgedankens zu erblicken. Der Kampf gegen den Krieg wird von den sozialistischen Führern, ohne Rücksicht auf die bestehenden Gesetze, mit Gewaltmitteln geführt, direkte Verweigerung der Militärkredite, der Dienstpflicht und neuestens dem Generalstreik im Kriegsfall. Alle diese Faktoren sind unbestreitbar geeignet, den Krieg unmöglich zu machen und die Regierungen zu bestimmen, der Einführung des internationalen Rechtes vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken; denn das Vertrauen auf die Waffengewalt ist damit tief erschüttert. Die Ereignisse auf dem Balkan zeigen uns deutlich genug die Resultate der vernachlässigten und unzuverlässlichen Organisation der türkischen Wehrkraft einerseits und des mit Einmut und Entschlossenheit geführten Kampfes der Balkanvölker andererseits. Diese Erfahrungen und die Basler Kundgebungen zusammen sollten doch endlich die Regierungen bestimmen, das Obligatorium des Schiedsgerichtes mit der solidarischen Garantie der Urteilsvollziehung an die Stelle der Waffengewalt zu setzen. So originell die sozialistische Bekämpfung des Krieges auf den ersten Blick erscheint, so verwerflich und gefährlich ist dieselbe, wenn man sie näher prüft. Denken wir uns das heute bestehende Vertrags- und Bündnisverhältnis der Staaten unter sich und die bestehenden Konventionen oder Weltverträge, durch welche die gegenseitigen und gemeinsamen Interessen geregelt sind. Denken wir, dass die Staaten als solche bis heute noch keiner anerkannten Gerichtsinstanz unterstellt und deshalb gleichsam einander rechtlos gegenübergestellt sind. Sie sind zum Schutze ihres Rechtes auf das bis heute einzige Mittel angewiesen, auf die Waffengewalt.

Es könnte nun vorkommen, dass sich zwei Staaten wegen angeblicher nationaler Interessen den Krieg erklären. Im einen Staate, wo die Proletarier gut organisiert sind, würde der Generalstreik und die Dienstverweigerung proklamiert und durchgeführt, im andern Staate wäre das Proletariat verhetzt und irreführt und würde die Regierung zum Kriege zwingen. In diesem Falle würde sich also zu der Rechtlosigkeit des ersteren Staates noch die Wehrlosigkeit gesellen. Sollte aber der Streik in beiden Staaten konsequent durchgeführt werden, so würde auch dann ein Zustand geschaffen, welcher zu nichts weniger geeignet wäre als zur Garantie des Weltfriedens; denn der Konflikt würde nach wie vorher bestehen. Auch die organisierten Friedensgesellschaften protestieren ja unablässig gegen den Krieg und gegen die stete Vermehrung der Militärausgaben; denn diese letzteren sind die Ursache der Massenverarmung, und aus dieser wächst der soziale Antimilitarismus in erschreckender Weise heraus. Ich erblicke in dem Vorgehen der sozialistischen Friedensbewegung nur insoweit eine Mithilfe im Kampfe gegen den Krieg, als sie die Regierungen notgedrungen auf eine weitere Gefahr für die Landesverteidigung aufmerksam macht. Darin täuscht sich aber die Redaktion der «Appenzeller Volkswacht» sehr, wenn sie meint, dass durch die Basler Weltkundgebung das Proletariat das granitene Fundament für die Abrüstung der Zukunft geschaffen habe und dass die bürgerlichen Friedens-

gesellschaften ihre Bemühungen als gescheitert betrachten und dieselben, als Erbe, in die starke Hand des Proletariates legen. Wir sind überzeugt, dass der Abrüstung die Rechtssicherheit voranzugehen hat und die erstere nur sukzessive in dem Masse stattfindet, in dem sich die letztere entwickelt. Wir sind überzeugt, dass der Tag der Verwirklichung des Völkerfriedens kommen muss. Es entsteht nur die Frage, wie wird er kommen? Wird er kommen als ein Tag des Gerichtes, das der Militarismus auf sich selbst heraufbeschworen hat, oder wird er kommen, herbeigeführt durch die friedliche Verständigung der Völker, wie man dies vom zwanzigsten Jahrhundert erwarten dürfte? Hoffen wir das letztere und treffen wir beizeiten Vorbereitungen zur Verhütung des ersteren. Dazu wird aber keine Macht unter dem Himmel, keine menschliche Hilfe und keine Vereinstätigkeit überflüssig sein. Wir wollen kämpfen im Interesse unserer Nachkommen und im Vertrauen auf Gottes Beistand, damit vielleicht ein späteres Christentum fröhlichere Weihnachtsfeste zu verzeichnen hat, als es im Jahre 1912 der Fall sein kann.

K. Rüd.

—o—

Pazifistische Rundschau.

Von Konrad Schulthess, Zürich.

Schier von nichts anderem als von Mord und Raub, von Sengen und Brennen, von tobendem Krieg und drohendem Weltenbrand, von verheerenden Seuchen, Hungersnot und himmelschreiendem Elend aller Art wussten die Zeitungen während der vergangenen Wochen zu berichten. Nicht genug daran, dass sich auf dem Balkan fünf Völker in greuelvollen Schlächtereien zerfleischten! Nein, nicht genug daran! Nun rüstete auch Oesterreich-Ungarn, es rüstete Rumänien, Russland, auch Deutschland, Frankreich, England, selbst die Kleinstaaten, alles, alles, ganz Europa rüstete, mobilisierte, machte sich bereit zum Losschlagen, zum fürchterlichsten Vernichtungskrieg, den unser Erdteil je gesehen hätte. Alle niedern Triebe und Kräfte, Selbstsucht, Gewalttätigkeit, Hass, Grausamkeit, die im Menschen schlummern, alle schienen aufgepeitscht, entfesselt und drohten, in *einem* schrecklichen, wahnsinnigen Ansturm niederzureissen, zu zerstampfen, zu vernichten, was die Menschen in jahrtausendlanger, unverdrossener, mühevoller Arbeit unter Leiden und Kämpfen sich errungen hatten. Was Wunder, wenn man glaubte, das Ende europäischer Kultur, wohl der Kultur überhaupt, sei gekommen!

Allein unter dem betäubenden Eindruck der sich überstürzenden Ereignisse, unter der Furcht vor dem drohenden Weltbrand wurde etwas anderes fast ganz ausser acht gelassen: *der Schrei, das Sehnen der Völker nach Frieden.*

Wohl noch nie sind so gewaltige Menschenmassen, so furchtbare Mordmaschinen und -werkzeuge in Bewegung gesetzt worden, um im gegebenen Zeitpunkt auf andere Menschenmassen losgelassen zu werden zum schrecklichen Morden wie gerade in diesen Tagen. Aber noch nie ist auch der Unsinn des sogenannten bewaffneten Friedens und vor allem der Friedenswille der Völker so klar und so machtvoll zutage getreten, wie gerade in diesen letzten Wochen.

Nun sehen es auch die eingefleischtesten Zweifler mit eigenen Augen, müssen es sehen, dass das alte Römerwort «*si vis pacem, para bellum*», mit dem unsere Militaristen immer und immer wieder erfolgreich hausieren gingen, *heute keine Gültigkeit* mehr hat. Denn keiner der bis an die Zähne bewaffneten